

# AGF EuropaNews

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2019

### Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Parlament: Entschluss zur Umsetzung der Kinderrechte angenommen .....	1
Rat der EU: Schlussfolgerungen zur digitalen Jugendarbeit und zur Ausbildung von SozialarbeiterInnen .....	1
Kommission, Rat und Parlament der EU: Einigung über EU-Haushalt 2020.....	1
EU-Kommission: Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Europäische Solidaritätskorps (ESK) .....	2
Europäischer Gerichtshof: Urteil über Sanktionen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete.....	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten.....</b>	<b>3</b>
Kroatien: Erstes „Kinder-Budget“ veröffentlicht .....	3
Finnland: Vorbereitungen zur Nationalen Strategie für Kinder 2040 haben begonnen.....	3
Frankreich: Recht auf künstliche Befruchtung soll ausgeweitet werden .....	3
Irland: Finanzierung für Kinderbetreuung und Jugenddienste angekündigt .....	3
Nordirland: Neue Regelungen zu gleichgeschlechtlichen Ehen und Schwangerschaftsabbrüchen.....	4
Großbritannien: Ausweitung von Unterstützungsprogramm für Pflegefamilien .....	4
Erhebung zu Familien und Generationen in der Schweiz.....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>4</b>
COFACE startet Umfrage zur Diversität bei Spielzeugen .....	4
COFACE veröffentlicht Leitfaden zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen.....	5
ICCFR: Jahreskongress und neuer Vorsitz.....	5
Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen .....	5
Europäischer Tag zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch .....	6
Berliner Aktionsplan: Bündnis zur Neugestaltung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik.....	6
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>6</b>
SOLIDAR: Social Rights Monitor.....	6
OECD Kurzbericht zum Kindeswohl .....	6
FRA-Bericht zur Integration junger Geflüchteter .....	7
ICILS-Studie zu computer- und informationsbezogenen Kompetenzen Jugendlicher.....	7
EIGE: Ländervergleich zu Gleichstellungsinstitutionen.....	7
Eurochild: Positionspapier zur Wahrung der Kinderrechte in der Migration .....	8
Eurochild: New opportunities for investing in children .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>9</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Parlament: Entschluss zur Umsetzung der Kinderrechte angenommen

Anlässlich des dreißigsten Jahrestags der UN-Konvention über die Rechte des Kindes hat das EU-Parlament einen Entschluss angenommen, diese europapolitisch umzusetzen. Darin wird betont, dass die EU im Bereich der Kinderrechte konkretere politische Schritte einleiten muss. Es wird daran erinnert, dass Kinderrechte in der EU-Charta der Grundrechte explizit niedergeschrieben sind. Zudem wird darauf hingewiesen, dass 23 Millionen Kinder in der EU in Armut aufwachsen. Adressiert wird auch das Problem von Gewalt gegen Kinder in allen ihren Formen: häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt und psychologische Gewalt. Die Mitgliedstaaten werden außerdem aufgefordert, den Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch auch im digitalen Raum voranzubringen. Ein weiteres Augenmerk liegt auf der Situation geflüchteter Kinder, deren Lebensbedingungen in der EU unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus verbessert werden sollen.

- [Entschließung zur Umsetzung der EU-Kinderrechtskonvention](#) 

### Rat der EU: Schlussfolgerungen zur digitalen Jugendarbeit und zur Ausbildung von SozialarbeiterInnen

Zur Tagung des Rates „Bildung, Jugend, Sport und Kultur“ sind die zuständigen MinisterInnen der Mitgliedstaaten am 21. und 22. November zusammengekommen. Es wurden Schlussfolgerungen in den Bereichen Digitale Jugendarbeit und zur Ausbildung von Fachkräften in der Jugendarbeit angenommen. Auf Grundlage eines Diskussionspapiers der finnischen Präsidentschaft wurde außerdem debattiert, wie gesellschaftspolitische Themen, die Jugendliche beschäftigen, in die Jugendarbeit einbezogen werden können. Aktuelles Beispiel für die politischen Interessen Jugendlicher ist dabei der Klimawandel. Die Schlussfolgerungen zur digitalen Jugendarbeit betonen die Wichtigkeit des gleichen Zugangs zu digitalen Angeboten in der gesamten EU. Im Bereich der Ausbildung von Fachkräften für die Jugendarbeit ist das erklärte Ziel, in allen Mitgliedstaaten ein einheitlich hohes Niveau zu erreichen und gleichzeitig individuelle Erfordernisse zu berücksichtigen.

- [Die Ergebnisse der Sitzung des Rates Bildung, Jugend, Sport und Kultur](#) 

### Kommission, Rat und Parlament der EU: Einigung über EU-Haushalt 2020

Kommission, Parlament und Rat haben sich auf einen gemeinsamen Haushalt für 2020 geeinigt. Darin steigen die vorgesehenen EU-Ausgaben um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Haushalt sieht Ausgaben in Höhe von 169 Milliarden Euro vor. Im Rahmen des mehrjährigen Haushaltsplans 2014-2020 stehen damit noch 1,5 Milliarden Euro für unvorhergesehene Ausgaben zu Verfügung. Im Haushalt für 2020 ist vorgesehen, zwanzig Prozent aller Mittel für den Klimaschutz zu verwenden. Dies soll in Form direkter Zuweisung an die Umweltagentur und das LIFE-Programm geschehen, aber auch durch klimabezogene Ausgaben in den übrigen Ressorts. Zum Umgang mit Migrationsbewegungen sind knapp 950 Millionen Euro vorgesehen. Neben dem personellen Ausbau der Grenzschutzagentur FRONTEX sollen damit das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, Europol und die Europäische Staatsanwaltschaft finanziert werden. Der erzielte Kompromiss geht davon aus, dass Großbritannien an der Finanzierung des Haushalts für 2020 ohne Einschränkungen beteiligt sein wird. Die nun vom Parlament bestätigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte an, auch sozialpolitische Themen priorisieren zu wollen. Neben einem EU-weiten Mindestlohn plant sie eine europäische „Kindergarantie“ gegen Kinderarmut und will die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.

## EU-Kommission: Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Europäische Solidaritätskorps (ESK)

Die EU-Kommission hat die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Europäische Solidaritätskorps (ESK) veröffentlicht. Dem ESK stehen für das Jahr 2020 117 Millionen Euro zur Verfügung. Vergeben wird die Förderung an Organisationen und Projekte, die der Allgemeinheit oder einzelnen Gruppen in der EU dienen. Jede Organisation wird vor ihrer Akkreditierung daraufhin geprüft, ob sie mit den Grundsätzen des Europäischen Solidaritätskorps übereinstimmen. Gefördert werden können Freiwilligenprojekte, Praktika und Jobs. Aus dem Budget von 375,6 Millionen Euro für die Jahre 2016-2020 werden 90 Prozent an Freiwilligentätigkeiten und zehn Prozent für Praktika und Jobs vergeben. Auch interessierte Einzelpersonen können sich beim ESK registrieren und an Projekte akkreditierter Organisationen vermittelt werden. Das Europäische Solidaritätskorps ist ein EU-Förderprogramm zur Unterstützung von Freiwilligendiensten in der EU.

- [Europäisches Solidaritätskorps](#)
- [Charta des Europäischen Solidaritätskorps](#)

## Europäischer Gerichtshof: Urteil über Sanktionen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass Sanktionen für Verstöße gegen Regeln in Unterkünften nicht die Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Unterkunft betreffen dürfen. Die Verpflichtung, einen würdigen Lebensstandard für AntragstellerInnen auf Internationalen Schutz zu wahren, stehe über dem Recht auf Sanktion des Regelverstößes. Sanktionen, die materielle Leistungen betreffen, können nur in Verhältnismäßigkeit zum Verstoß verhängt werden. Generell von Sanktionen ausgenommen sind demnach Leistungen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse. Diese Entscheidung betrifft alle Geflüchteten in Wohneinrichtungen. Insbesondere bei Minderjährigen betont der EuGH das Verhältnismäßigkeitsprinzip, die Achtung der Menschenwürde und das Kindeswohl. Geklagt und Recht bekommen hatte ein junger Mann aus Afghanistan, der als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter nach Belgien eingereist war. Nach Beteiligung an einer Schlägerei in seiner Unterkunft war er für 15 Tage der Einrichtung verwiesen worden.

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Kroatien: Erstes „Kinder-Budget“ veröffentlicht

Das Ministerium für Familie, Jugend und Sozialpolitik Kroatiens hat erstmalig ein sogenanntes „Kinder-Budget“ veröffentlicht. Damit sollen alle staatlichen Ausgaben für Kinder und Programme, die Kindern zugutekommen, unter einem Ausgabenpunkt im Haushalt erfasst werden. Auf diese Weise sollen die Investitionen in Kinder systematischer erfasst werden können. Zu diesem Zweck wird ein jährlicher Bericht über alle Ausgaben und geförderten Maßnahmen mit Evaluationen der verschiedenen Programme erstellt. Das „Kinder-Budget“ ist Teil des Bestrebens, die UN-Kinderrechtskonvention in Kroatien umzusetzen.

### Finnland: Vorbereitungen zur Nationalen Strategie für Kinder 2040 haben begonnen

Die Nationale Strategie für Kinder 2040 in Finnland wurde auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention geplant und wird seit Oktober vorbereitet. Sie soll Herausforderungen wie die niedrige Geburtenrate, eine alternde Bevölkerung, Kinderarmut und die intergenerationale Weitergabe sozialer Exklusion bekämpfen. Dafür wurde ein parlamentarischer Ausschuss gegründet, der zunächst die aktuelle Situation der Kinder- und Familienpolitik analysiert, um die Maßnahmen auf Grundlage aktueller Forschungsergebnisse auszuarbeiten. Neben dem Anspruch einer wissensbasierten Politik soll die Nationale Strategie für Kinder Ansatzpunkte für familienpolitische Maßnahmen auf allen Ebenen der Verwaltung und in unterschiedlichen Ressorts finden.

### Frankreich: Recht auf künstliche Befruchtung soll ausgeweitet werden

Die französische Nationalversammlung hat einen Gesetzentwurf angenommen, nach dem die künstliche Befruchtung auch alleinstehenden Frauen und lesbischen Paaren mit Kinderwunsch möglich sein soll. Das Gesetz sieht außerdem vor, im Fall eines lesbischen Paares zwei weibliche Elternteile als Mütter auf der Geburtsurkunde anzugeben. Kinder, die mithilfe einer Samenspende gezeugt wurden, sollen zudem künftig das Recht haben, die Identität ihres biologischen Vaters zu erfahren. Bevor das Gesetz in Kraft tritt, muss es noch vom Senat bestätigt werden.

### Irland: Finanzierung für Kinderbetreuung und Jugenddienste angekündigt

Der irische Minister für Kinder- und Jugendangelegenheiten hat eine zusätzliche Förderung von 94 Millionen Euro für Angebote für Kinder und Jugendliche angekündigt. Davon sollen 54 Millionen Euro in frühkindliche Betreuungs- und Bildungsprogramme fließen. Die Aufstockung der Förderung ist Teil des neuen „National Childcare Scheme“, eines Programms zur Unterstützung von Familien in Irland. Es enthält erstmals das Recht auf staatliche Unterstützung für Betreuungsausgaben für irische Familien. Weitere 30 Millionen Euro fließen in Sozialleistungen für Kinder und Familien; zwei Millionen Euro sind für einen Fonds zur Unterstützung von klimapolitischen Aktivitäten Jugendlicher vorgesehen.

## Nordirland: Neue Regelungen zu gleichgeschlechtlichen Ehen und Schwangerschaftsabbrüchen

Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Paare sind in Nordirland nun legal und Schwangerschaftsabbrüche werden straffrei gestellt. Das britische Parlament hatte im Juli 2019 ein Gesetz verabschiedet, das diese Regelungen für das gesamte Großbritannien einführt. Bisher galten diese nur für England, Wales und Schottland. Seit Januar 2017 hat die britische Provinz Nordirland keine eigene Regierung und wird geschäftsführend von London aus regiert. Die konkrete Ausgestaltung der neuen Gesetze soll im Januar 2020 erarbeitet werden, sodass im Februar 2020 die ersten Eheschließungen stattfinden können. Die Regelungen zum Zugang zu straffreien Schwangerschaftsabbrüchen sollen bis März 2020 vereinbart werden. In Nordirland galten bisher eines der EU-weit strengsten Abtreibungsgesetze: Nach einem Schwangerschaftsabbruch mussten Frauen mit Strafverfolgung rechnen.

## Großbritannien: Ausweitung von Unterstützungsprogramm für Pflegefamilien

Das „Mockingbird Family Model“ des Netzwerks britischer Pflegefamilien wird auf zehn neue Regionen in England und Wales ausgeweitet. Der Ausbau werde mit 500.000 Pfund unterstützt, wie der Bildungsminister angab. Das Programm entlastet Pflegefamilien durch den Aufbau lokaler Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung und mit Lernangeboten zu spezifischen erzieherischen Themen. Die Standorte werden von MentorInnen geleitet, die selbst Erfahrungen als Pflegeeltern haben und die lokalen Angebote nach Bedarf auswählen. Sie umfassen neben praktischen Hilfestellungen wie Übernachtungsmöglichkeiten für Kinder auch psychosoziale Unterstützung.

## Erhebung zu Familien und Generationen in der Schweiz

Das Bundesamt für Statistik der Schweiz hat die Ergebnisse der Erhebung zu Familien und Generationen für das Jahr 2018 veröffentlicht. Sie enthält aktuelle Zahlen über Familien in der Schweiz, sowie zu Partnerschaft, Familiengründung, Aufteilung von Haushalt und Kinderbetreuung, Betreuung außerhalb der Familie, Pflege und Enkelkinder. Erfragt werden zudem Werte und Einstellungen. Aus der Erhebung geht hervor, dass bei vielen Eltern die tatsächliche Kinderzahl von ihren Wünschen abweicht, da die äußeren Rahmenbedingungen es ihnen nicht erlauben. 70 % der Frauen in der Schweiz befürchten bereits beim ersten Kind Nachteile für ihr Berufsleben.

### [Erhebung zu Familien und Generationen in der Schweiz 2018](#)


## Weitere Nachrichten

---

### COFACE startet Umfrage zur Diversität bei Spielzeugen

Das Netzwerk europäischer Familienorganisationen COFACE Families Europe hat eine europaweite Umfrage zum Thema Diversität bei Spielzeugen gestartet. Dabei geht sie von der Annahme aus, dass Kinder ohne Stereotype und vorgezeichnete Geschlechterrollen zur Welt kommen, diese aber schon im frühen Kindesalter prägend für spätere Wertevorstellungen sein können. Daher soll die Umfrage zur Untersuchung beitragen, welchen Einfluss Spielzeuge und ihre Vermarktung auf die Reproduktion bzw. Veränderung stereotyper Rollenvorstellungen haben. Die Umfrage wird auf 13 Sprachen durchgeführt und soll die persönlichen

Entscheidungen von Familien beim Spielzeugkauf abbilden. Sie wird bis Weihnachten zur Teilnahme online sein; Ergebnisse sollen im Januar 2020 veröffentlicht werden. Die Social-Media-Kampagne #ToysandDiversity der COFACE läuft seit 2016 und ist weiterhin für Beiträge offen.

- [Zur Umfrage Toys and Diversity](#) 
- [Zur Kampagne #ToysandDiversity](#) 

### COFACE veröffentlicht Leitfaden zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen

COFACE Families Europe hat den Leitfaden „S.H.I.F.T.“ zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien veröffentlicht. S.H.I.F.T. steht für Support, Human Rights, Independence, Families und Transition und fasst damit schon im Titel die Ziele des Leitfadens zusammen. Zu jedem dieser Ziele werden Instrumente formuliert, mit deren Hilfe sie umgesetzt werden können. Die notwendigen politischen Schritte zum Ziel der vollständigen Inklusion von Menschen mit Behinderungen werden im Abschnitt „Actions“ in Form konkreter Maßnahmen dargestellt. Abschließend werden weiterführende Informationsquellen zum Thema Inklusion aufgelistet. Der englische Leitfaden soll in den kommenden Wochen übersetzt in die Sprachen Französisch, Portugiesisch, Spanisch, Griechisch und Italienisch erscheinen. Begleitet wird die neue Publikation mit einer Social-Media-Kampagne unter dem Motto #BeTheShift.

- [SHIFT der COFACE](#) 

### ICCFR: Jahreskongress und neuer Vorsitz

Die International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) hat Sven Iversen, den Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, zum Vorstand gewählt. Stellvertretender Vorstand ist Francesco Beletti, der das International Centre for Family Studies in Mailand leitet. Die ICCFR bietet seit 1953 ein Forum für Organisationen, Verbände, VertreterInnen von Verwaltungen und Einzelpersonen zum multidisziplinären Austausch über die Themen Familie und Partnerschaft. Der diesjährige Jahreskongress fand zum Thema „Refugee and Migrant Children and Families - Preserving family life through hard challenges“ in Rom statt. Über 100 ExpertInnen kamen zusammen, um sich mit den Auswirkungen von Flucht und Migration auf Familien auszutauschen.

- [Website der ICCFR](#) 

### Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Seit dem Jahr 1999 ist der 25. November der Internationale Gedenktag gegen Gewalt an Frauen. Damit soll Aufmerksamkeit für weltweit verbreitete Probleme wie häusliche und sexuelle Gewalt, Femizide, weibliche Genitalverstümmelung und Zwangsheirat geschaffen werden. In zahlreichen Veranstaltungen und Stellungnahmen wurde betont, dass das Thema mit einem großen Stigma belegt sei und Verbrechen dieser Art häufig nicht angezeigt und nicht ausreichend strafverfolgt werden. Zudem wurde gefordert, Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechts und damit verbundenen Besitzansprüchen von Männern als Femizide, also politische Morde an Frauen zu klassifizieren.

## Europäischer Tag zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch

Der Europäische Tag zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch fand am 18. November zum fünften Mal statt. Er wurde auf Initiative des Europarates als Gedenk- und Aktionstag bestimmt und fand in diesem Jahr unter dem Motto „Empowering children to stop sexual violence“ statt. Ziel des Tags ist es, das Bewusstsein für das Problem des sexuellen Missbrauchs an Kindern EU-weit zu erhöhen und die verschiedenen Initiativen dagegen europaweit zu vernetzen. Ein wichtiges Ziel stellt zudem die Ratifizierung und Implementierung der Lanzarote-Konvention zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch an Kindern dar.

- [Weiterführende Informationen zum Europäischen Tag zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch](#) 
- [Informationen zur Lanzarote-Konvention](#) 

## Berliner Aktionsplan: Bündnis zur Neugestaltung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik

Zivilgesellschaftliche Organisationen aus Frankreich, Italien, Polen und Deutschland haben sich zusammengeschlossen, um Forderungen an die europäische Politik im Bereich Asyl und Migration zu formulieren. In dem erarbeiteten „Berliner Aktionsplan“ fordern sie eine gemeinsame Asylpolitik aller EU-Staaten, die auf der Wahrung der Menschenrechte und dem Schutz für Geflüchtete basiert. Es wird betont, dass Migration für Europa keine Gefahr darstelle, sondern eine Bereicherung für europäische Gesellschaften sein könne. Die neue EU-Kommission wird aufgefordert, Regelungen zu erarbeiten, die Menschenrechtsverletzungen durch Institutionen der EU-Staaten verhindert bzw. ahndet und insbesondere die Lage auf den griechischen Inseln und an der EU-Außengrenze in Ungarn menschenwürdig gestaltet.

- [Berliner Aktionsplan für eine neue europäische Asylpolitik](#) 

## Berichte und Studien

---

### SOLIDAR: Social Rights Monitor

Der Bericht über soziale Rechte des europäischen Netzwerks fürs soziale Gerechtigkeit SOLIDAR vergleicht 16 europäische Länder. Kriterien sind Arbeitsbedingungen, soziale Sicherung, Inklusion und Möglichkeiten der politischen Partizipation. Die Ergebnisse basieren neben Auswertungen sozialwissenschaftlicher Erhebungen auch auf den Beobachtungen und Berichten verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen. Neben dem vollständigen Bericht können die Ergebnisse einzelner Staaten separat abgerufen werden.

- [SOLIDAR Social Rights Monitor 2019](#) 

### OECD Kurzbericht zum Kindeswohl

Der OECD Kurzbericht zur Wahrung des Kindeswohls aller Kinder geht von dem Befund aus, dass immer mehr Kinder nicht in der klassischen Familienform bei Vater und Mutter aufwachsen. So lebten im OECD-Durchschnitt nur noch ca. 65% der Kinder mit beiden verheirateten Eltern zusammen. Sozialpolitische Regelungen orientierten sich jedoch häufig noch an dieser Form. Der Bericht gibt Policy-Empfehlungen, um alle Kinder gleichermaßen mit sozialpolitischen Maßnahmen zu erreichen. Dazu zählt eine Ausweitung der eingetragenen Lebenspartnerschaft



auf alle OECD-Länder, steuerliche Vorteile für alle Familienformen und die stärkere Berücksichtigung getrenntlebender gemeinsam sorgeberechtigter Elternteile.

- [OECD Policy Brief Treat All Children Equally](#) 

### FRA-Bericht zur Integration junger Geflüchteter

Der Bericht zur Integration junger Geflüchteter der Agentur der Europäischen Union für Menschenrechte (Fundamental Rights Agency, FRA) betrachtet die Situation von Menschen, die in den Jahren 2015 und 2016 in die EU gekommen sind, um internationalen Schutz zu beantragen. Aufgrund der besonders großen Fluchtbewegungen in diesen Jahren seien die Sozial- und Bildungssysteme nicht ausreichend auf die Integration dieser Menschen vorbereitet gewesen. Von den 1,9 Millionen Menschen, die in den Jahren 2015 bis 2018 Asyl bzw. subsidiären Schutz erhalten haben, seien mehr als 80% unter 34 Jahre alt. Der Bericht konzentriert sich auf junge Geflüchtete zwischen 16 und 24 Jahren und beleuchtet den Weg von der Beantragung des Asyls bis zur Gewährung des internationalen Schutzes sowie den Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter. Er basiert auf qualitativer Feldforschung an 15 Standorten in den EU-Staaten Österreich, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Schweden und Italien. Es werden Empfehlungen gegeben zur Verkürzung des Asylverfahrens, vereinfachter Familienzusammenführung, Zugang zu Wohnen und (Aus-)Bildung.

- [FRA: Integration of Young Refugees in the EU: Good Practices and Challenges](#)  



### ICILS-Studie zu computer- und informationsbezogenen Kompetenzen Jugendlicher

Die „International Computer and Information Literacy Study“ (ICILS) der International Association for the Evaluation of Educational Achievement für das Jahr 2018 ist erschienen. Nach der ersten Erhebung im Jahr 2013 wurden aktuell in der zweiten Welle die Bildungssysteme Chiles, Dänemarks, Finnlands, Deutschlands, Italien, Kasachstans, Koreas, Luxemburgs, Portugals, Russlands, Uruguays und der USA einbezogen. Untersucht werden die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von SchülerInnen aus achten Klassen. Die höchste Kompetenzstufe erreichten international 2,0 Prozent der SchülerInnen, unter den teilnehmenden EU-Staaten 1,5 Prozent und in Deutschland 1,9 Prozent. Insgesamt bestünde ein starker Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Jugendlichen und ihrer Kompetenz im Umgang mit digitalen Medien.

- [IEA International Computer and Information Literacy Study 2018](#)  
- [ICILS-Berichtsband 2018 für Deutschland](#) 

### EIGE: Ländervergleich zu Gleichstellungsinstitutionen

Das European Institute for Gender Equality (EIGE) hat die Zahlen aus seiner Überprüfung der institutionellen Mechanismen zur Gleichstellung der Geschlechter aktualisiert. Sie zeigen, dass Gender-Mainstreaming auf der politischen Agenda der Mitgliedstaaten an Bedeutung verloren hat. Das Institut führt diesen Rückgang auf eine allgemeine Ermüdung zu diesem Thema und den Erfolg rechtskonservativer politischer Kräfte zurück.

- [Übersichtgrafik zu Gleichstellungsinstitutionen in der EU](#) 
- [Aktuelle Übersicht zu Gleichstellung in den EU-Staaten](#) 



## Eurochild: Positionspapier zur Wahrung der Kinderrechte in der Migration

Zusammen mit Terre de Femmes und Save the Children Europe hat die Organisation Eurochild das Positionspapier „Promoting and Protecting the rights of children in migration through the MFF 2021-2027“ veröffentlicht. Darin wird analysiert, wie im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens der EU (Multiannual Financial Framework, MFF) 2021-2027 die Rechte von geflüchteten und migrierten Kindern geschützt und gefördert werden können. Zudem werden Grundprinzipien formuliert, nach denen die Politik das Thema angehen sollte: Die Wahrung des Kindeswohls, die Behandlung geflüchteter Kinder als Kinder und nicht primär als MigrantInnen, die differenzierte Betrachtung der Kinder und Jugendlichen und die Berücksichtigung ihrer spezifischen Vulnerabilitäten, die Förderung ihrer gesellschaftlichen Integration und die Möglichkeit ihrer Partizipation.

- [Promoting and Protecting the rights of children in migration through the MFF](#)  

## Eurochild: New opportunities for investing in children

Die Organisation Eurochild hat den Bericht „New opportunities for investing in children“ zum Europäischen Semester 2019 erstellt und bei der Veranstaltung „Towards No Child Poverty in Europe 2030“ im Europäischen Parlament vorgestellt. Darin wird dargestellt, dass das Thema Kinderarmut in der Europapolitik noch nicht die nötige Aufmerksamkeit erhält und besonders benachteiligte Gruppen von Kindern stärker unterstützt werden müssen. Es werden folgende Empfehlungen formuliert: Die Förderung von Kindern als eigenständigen Aufgabenbereich der europäischen Sozialpolitik sollte in der Planung des kommenden Europäischen Semesters berücksichtigt werden. EU-Finanzierungsmöglichkeiten sollten mit dem Europäischen Semester verknüpft betrachtet werden, um die soziale Dimension der EU-Politik stärker zu betonen. Die Wahrung des Kindeswohls sollte in den Länderberichten zu den Mitgliedstaaten beachtet werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten in die Planung des Europäischen Semesters einbezogen werden.

- [Der Bericht "New Opportunities for Investing in Children" von Eurochild](#) 
- [Infografiken zur Kinderarmut in den Mitgliedstaaten der EU](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
02.-03. Dez Brüssel, Belgien	Brussels Civil Society Forum	<a href="#">Majalat Project</a>
02.-06. Dez 2019 Brüssel, Belgien	<a href="#">Lifelong Learning Week 2019</a>	Life Long Learning Platform
16.-17. Mär 2020 Brüssel, Belgien	<a href="#">COFACE Administrative Council and Work-life balance expert meeting</a>	COFACE Families Europe
01.-05. Apr 2020 Lancashire, Großbritannien	<a href="#">International Child Welfare: Analysing and Reforming Child Protection Systems</a>	UCLAN

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend